

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	v
A. Verstärkter Ausbau von Übertragungsnetzen in Deutschland	1
I. Ursachen für einen verstärkten Ausbau der Elektrizitäts- übertragungsnetze in Deutschland	1
1. Veränderung der Energiezusammensetzung	1
2. Europäische Öffnung der Energiemärkte	2
II. Gesetzliche Grundlagen des Übertragungsnetzausbau im Bereich der Elektrizität	2
1. Regelungsgegenstand des Gesetzes zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG)	3
a) Energiewirtschaftliche Notwendigkeit, sonstige allgemeine Vorschriften (§ 1 EnLAG)	3
b) Sonderregeln zur Erdverkabelung (§ 2 EnLAG)	4
c) Monitoring (§ 3 EnLAG)	6
2. Regelungsgegenstand des Gesetzes über den Bundes- bedarfsplan (BBPlG) und seine systematische Einbindung	6
a) Systematische Verortung des Bundesbedarfsplans	6
b) Die Inhalte des Gesetzes über den Bundesbedarfsplan (BBPlG) im Überblick	8
III. Problemstellung	11
B. Gesetzliche Zielsetzung des § 2 EnLAG und § 4 BBPlG	13
I. Zweck des § 2 EnLAG	13
1. Die Ermittlung des Gesetzeszwecks im Wege der Auslegung – die anwendbaren Auslegungsmethoden	13
2. Erste Erkenntnisse: Wortlautauslegung des § 2 EnLAG	14
3. Überlegungen zu Systematik und Funktion des § 2 EnLAG	16

a) Technische Sicherheit und wirtschaftliche Gesichtspunkte	16
b) Technisch und wirtschaftlich effiziente Teilabschnitte	20
c) Kostenregelung des § 2 Abs. 5 EnLAG	21
4. Historische/genetische Auslegung des § 2 EnLAG	22
5. Zwischenergebnis	25
II. Zweck des § 4 BBPlG	25
III. Befriedungs- und Akzeptanzförderungsfunktion	27
1. Realisierung von Infrastrukturprojekten im Spannungsverhältnis zur öffentlichen Akzeptanz	27
2. Akzeptanz als gesetzgeberische Zielvorstellung im Rahmen des § 2 EnLAG und § 4 BBPlG	29
a) Analyse der Gesetzesmaterialien	29
b) Zwischenergebnis	30
3. Praktische Umsetzung des Akzeptanzziels	31
a) Keine Abwägungserheblichkeit von Akzeptanz	31
b) Allgemeine rechtliche Vorbehalte gegenüber einer auf Akzeptanz ausgerichteten Entscheidungsfindung	31
c) Berücksichtigung der mit der öffentlichen Akzeptanz in Zusammenhang gebrachten, (ohnehin) betroffenen Belange in der Planfeststellung	32
IV. Zwischenergebnis	33
C. Die Auslösekriterien des § 2 EnLAG und des § 4 BBPlG	34
I. Abwägung bei der Planfeststellung von EnLAG-Vorhaben und BBPlG-Vorhaben	34
1. Planfeststellungsfähigkeit und Planfeststellungsbedürftigkeit der Vorhaben	34
a) Planfeststellungsfähigkeit und Planfeststellungsbedürftigkeit der EnLAG-Vorhaben	34
aa) Freileitungsvorhaben	34
bb) Erdverkabelung	35
b) Planfeststellungsbedürftigkeit der BBPlG-Vorhaben	36
2. Abwägungsleistungen des Vorhabenträgers und der Planfeststellungsbehörde	36
a) Grundlagen der Abwägung	37
b) Abwägung in der energiewirtschaftlichen Planfeststellung	38
3. Zwischenergebnis	40

II. Rechtsfolgen des Vorliegens der Auslösekriterien des § 2 Abs. 2 S. 1 Nr. 1–5 EnLAG im Rahmen der Planfeststellung	41
1. Verwirklichung von HDÜ-Vorhaben im Wege der Erdverkabelung	41
a) Erdverkabelung im Bereich des Drehstrombereichs im Widerspruch zu Grundprämissen des Energiewirtschaftsrechts	41
b) Eröffnung von Ausführungsvarianten auf Seiten des Vorhabenträgers	42
c) Zwischenergebnis und Konsequenzen: Erdverkabelung als Vorhabenoption und Abwägungsrelevanz der Erdverkabelungs- alternative	44
2. Anordnungsbefugnis beim Neubau von HDÜ-Vorhaben	45
a) Rechtliche Qualität des „Verlangens“: erweiterte Befugnisse der Planfeststellungsbehörde	45
b) Voraussetzungen an die Ausübung des Verlangens	48
aa) Bindung an das Abwägungsgebot	48
bb) Abwägungsausfall	49
cc) Abwägungsdefizit	49
dd) Abwägungsfehl einschätzung	53
ee) Abwägungsdisproportionalität	54
ff) Einzelfallabhängigkeit	56
gg) Kein Automatismus und keine Regelvermutung zugunsten der Erdverkabelung	56
c) Begründungserfordernis – Anforderung an die Ausübung des Verlangens nach § 2 Abs. 2 S. 1 EnLAG	57
aa) Einordnung des Ausübens des Verlangens nach § 2 Abs. 2 S. 1 EnLAG in die verwaltungsrechtliche Rechts- und Handlungsformenlehre	57
bb) Ausübung des Verlangens nach § 2 Abs. 2 S. 1 EnLAG	58
cc) Nichtwahrnehmung der Verlangens-Option	59
3. Erfordernis eines technisch und wirtschaftlich effizienten Teilabschnitts	61
a) Rechtliche Qualität	61
b) Grenzen des behördlichen Verlangens – zum Bedeutungsgehalt der gesetzlichen Merkmale aus Sicht des Gesetzgebers	63
aa) Länge von Teilabschnitten	63
bb) Finanzielle Aspekte	65
cc) Technische Aspekte und generelle Verbindlichkeit	65
c) Grenzen des behördlichen Verlangens – weitere Analyse des Bedeutungsgehalts der gesetzlichen Merkmale	65
aa) Teilabschnitt	65
bb) Technische Komponente	66
cc) Wirtschaftliche Komponente	67
dd) Effizienz	68

4. Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die Regelung des § 4 BBPlG	70
III. Zwischenergebnis	70
D. Ergebnisse der Untersuchung	73
 Literaturverzeichnis	77
Sachregister	83